



**Ein Schleswig-Holstein,
das wieder funktioniert!**

**GRUNDSATZ- UND
WAHLPROGRAMM
2027-2032**

Inhaltsverzeichnis

Präambel: Die innovative Mitte.	Seite III
Ein Staat, der wieder funktioniert!	Seite 1
Haushalt und Finanzen	Seite 2
Verwaltung und Kommunen	Seite 4
Sicherheit und Justiz	Seite 7
Infrastruktur und Mobilität	Seite 10
Migration und Integration	Seite 13
Eine Wirtschaft, die wieder funktioniert!	Seite 15
Wirtschaft und Arbeit	Seite 16
Landwirtschaft und Fischerei	Seite 19
Energie und Ressourcen	Seite 22
Planen und Bauen	Seite 24
Eine Gesellschaft, die wieder funktioniert!	Seite 26
Bildung und Betreuung	Seite 27
Pflege und Gesundheit	Seite 30
Gemeinschaft und Begegnung	Seite 32
Forschung und Lehre	Seite 35

Die innovative Mitte.

Moin Moin Schleswig-Holstein,

wir FREIE WÄHLER sind die, die täglich dort anpacken, wo andere nur meckern. Wir arbeiten seit Jahrzehnten in zahllosen Städten und Gemeinden an der pragmatischen Lösung der echten Probleme. Wir kennen die Ängste, Sorgen, Nöte und Probleme der Menschen. Wir FREIE WÄHLER wissen und erfahren direkt welche gesellschaftlichen Fliehkräfte die chronische Unterfinanzierung der Städte und Gemeinde freisetzt. Wo Bildung, Sicherheit, Verkehr und vieles mehr nicht mehr funktionieren, da wächst Frust. Die öffentliche Verwaltung kennen wir von innen und wissen, warum Wut und Zorn auf Bürokratismus entstehen.

Wir FREIE WÄHLER sind Vertreter der gesellschaftlichen Mitte, breit aufgestellt, offen für Zusammenarbeit, ausgleichend, sachorientiert und ideologiefrei. Uns schockiert deswegen der massive Wahlerfolg der politischen Ränder. Wir können nicht verstehen, warum die anderen demokratischen Kräfte in dieser Situation die ausgetretenen Pfade einfach weiter beschreiten. Wir wollen stattdessen neue Wege gehen und die Ursachen von Frust, Wut und Zorn endlich beseitigen. Dafür haben wir FREIE WÄHLER Ideen für grundlegende Veränderungen. Schleswig-Holstein braucht ein Update, damit unser Staat, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft wieder funktionieren – verlässlich, gerecht und nah an den Menschen.

Dazu braucht es zuallererst wieder eine handlungsfähige Verwaltung, starke Kommunen, Sicherheit im Alltag und eine funktionierende Infrastruktur – digital wie analog. Mobilität muss überall gewährleistet sein, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Die Migration braucht klare Regeln, deren Einhaltung konsequent durchgesetzt wird, und Integration muss auf unseren Werten basieren.

Ebenso braucht unser Land eine Wirtschaft, die wieder wächst und Wohlstand sichert. Wir setzen auf den Mittelstand, auf Innovation und auf die Nutzung unserer Stärken – von der Energieproduktion über die maritime Wirtschaft bis hin zu moderner Technologie. Gleichzeitig stehen wir für eine starke Landwirtschaft und bezahlbare Energie für alle.

Zusammenhalt und Begegnung sehen wir als Bedingung für eine funktionierende Gesellschaft. Wir wollen, dass sich Menschen wieder mehr begegnen, ins Gespräch miteinander kommen und auch stärker

demokratisch mitentscheiden können. Gute Gesundheitsversorgung, verlässliche Pflege und ein Bildungssystem, das echte Chancen eröffnet, sind dafür unverzichtbar.

All diese Bereiche denken wir zusammen. Denn nur wenn das große Ganze funktioniert, funktioniert auch das Leben vor Ort. Unser Anspruch ist es, konkrete Lösungen zu liefern, statt Probleme zu verwalten – pragmatisch, ideologiefrei und mit der dafür notwendigen Erfahrung aus der Praxis.

Ihr

Gregor Voht

FREIE WÄHLER Landesvorsitzender



**Am 18. April 2027 haben Sie es in der Hand.
Unterstützen Sie die FREIE WÄHLER mit Ihrer
Erst- und Zweitstimme für einen echten
Politikwechsel in Schleswig-Holstein!**

Ein Staat, der wieder funktioniert!

FREIE WÄHLER - Die innovative Mitte.

Haushalt und Finanzen



Ein handlungsfähiger Staat braucht solide Finanzen. Doch der Landeshaushalt steht massiv unter Druck. Die finanziellen Spielräume werden immer enger, während die Ausgaben für Personal, Versorgung und Zinsen schneller wachsen als die dauerhaft verfügbaren Einnahmen. Gleichzeitig schafft die Landesregierung neue Stellen, Programme und freiwillige Leistungen. Haushaltslöcher werden mit Rücklagen, einmaligen Einnahmen und neuen Schulden geschlossen.

So darf es nicht weitergehen. Wir wollen Schleswig-Holstein wieder finanziell handlungsfähig machen und den Landeshaushalt dauerhaft sanieren. Dafür müssen staatliche Aufgaben vom Landtag regelmäßig überprüft, Ausgaben konsequent priorisiert und Verwaltungsabläufe einfacher und effizienter werden. Jede staatliche Leistung muss sich daran messen lassen, ob sie notwendig ist und dauerhaft finanziert werden kann.

Gleichzeitig gilt: Nachhaltige Haushaltspolitik bedeutet nicht, bei wichtigen Zukunftsinvestitionen zu sparen. Wir wollen die wirtschaftlichen Kräfte

unseres Landes stärken, Investitionen erleichtern, und Bürokratie abbauen, um Wachstum zu ermöglichen. Denn nur eine leistungsfähige Wirtschaft schafft dauerhaft die Einnahmen, die wir für einen funktionierenden Staat und wichtige Investitionen in Schleswig-Holstein brauchen.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Keine zusätzlichen Stellen in der Kernverwaltung des Landes.
- Die dauerhafte Einsparung jeder zweiten frei werdenden Stelle in den Ministerien. Polizei, Justiz, Bildung und andere unmittelbar für die Menschen erbrachte Leistungen bleiben davon unberührt.
- Eine Straffung, Vereinfachung und konsequente Digitalisierung der Verwaltungsabläufe. Dabei bringen wir unsere pragmatischen Lösungsansätze und die Verwaltungserfahrung aus der kommunalen Praxis ein.
- Eine regelmäßige Überprüfung aller staatlichen Aufgaben, Standards, Förderprogramme und Leistungen auf ihre Notwendigkeit, Wirksamkeit und Finanzierbarkeit.
- Den Verzicht darauf, dauerhafte Ausgaben durch einmalige Einnahmen, Rücklagen oder neue Schulden zu finanzieren.
- Die Beachtung der Generationengerechtigkeit in der Finanzpolitik. Neue Schulden dürfen nicht zur Finanzierung laufender Ausgaben dienen. Mittel aus Sondervermögen müssen für nachhaltige Investitionen eingesetzt werden.
- Die Unterstützung aller sinnvollen Maßnahmen, die Investitionen erleichtern, Unternehmen entlasten und zu einem höheren Wirtschaftswachstum führen. Dazu gehören verlässliche Rahmenbedingungen, schnellere Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und eine leistungsfähige Infrastruktur.
- Eine Finanzpolitik, die Land und Kommunen gleichermaßen im Blick behält. Neue Aufgaben dürfen nicht ohne ausreichende Finanzierung auf Städte, Gemeinden und Kreise übertragen werden.



Die staatliche Verwaltung ist oft weit weg, kompliziert, langsam und bürokratisch. Entscheidungen ziehen sich in die Länge, Bürgerinnen und Bürger müssen von Amt zu Amt laufen, und viele Städte und Gemeinden kämpfen unverschuldet mit immensen Altschulden. Es fehlt vor Ort dann der nötige Spielraum, um selbst grundlegende Aufgaben des Staates noch zu erfüllen. Besonders der ländliche Raum, aber auch einzelne Stadtviertel in den Oberzentren drohen abgehängt zu werden. Der Frust bei Bürgern, Wirtschaft und Institutionen wächst.

Wir wollen eine Verwaltung, die nah am Menschen ist und einfach funktioniert. Bürgerzentren sollen alle staatlichen Ebenen zusammenführen – analog und digital. Städte und Gemeinden müssen durch eine Altschuldenübernahme durch Land und Bund wieder handlungsfähig werden. Gleichzeitig müssen die Ursachen für die systematische Unterfinanzierung dieser wichtigsten Ebene im Staat für die Zukunft beseitigt werden. So kann Verwaltung wieder für die Menschen da sein – nicht die Menschen für die Verwaltung.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Die Schaffung von Bürgerzentren als zentrale Anlaufstelle für Bürger, Wirtschaft und Institutionen, die alle staatlichen Ebenen – Kommune, Land und Bund – integrieren. Es sollen alle staatlichen Leistungen und Angebote sowohl analog vor Ort als auch digital medienbruchfrei als „One-Stop-Shop“ angeboten werden.
- Die Übernahme kommunaler Altschulden durch Land und Bund, da viele Städte und Gemeinden durch chronische Unterfinanzierung in die Verschuldung geraten sind und damit zunehmend handlungsunfähiger werden. Wir wollen Subventionen und Förderprogramme des Landes im Gegenzug reduzieren.
- Die Verankerung des verpflichtenden Konnexitätsprinzips im Grundgesetz. Bund und Länder sollen verpflichtet werden, neue Aufgaben vollständig und direkt zu finanzieren, statt die Kosten auf Kommunen abzuwälzen.
- Die Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der vollständigen Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge z.B. in den Bereichen Wasserversorgung, Entsorgung und Straßenreinigung.
- Eine stärkere Förderung des Breitensports und der Schwimmbadversorgung auf der kommunalen Ebene statt Olympiabewerbung und anderen Prestigeprojekten
- Die Stärkung des ländlichen Raums und Entlastung der Ballungsräume durch Schaffung von Satelliten-Standorten von Behörden und Hochschulen außerhalb der Oberzentren.
- Eine Bestandsgarantie für die Gemeinden in Schleswig-Holstein. Keine Zusammenlegung durch eine Gemeindegebietsreform oder eine finanzielle Benachteiligung kleiner Gemeinden.
- Den Erhalt der Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder- und Jugendbeiräte auf kommunaler Ebene.
- Die Unterstützung einer bundesweiten Vereinheitlichung von digitalen Verwaltungsanwendungen im Sinne der „Initiative für einen handlungsfähiger Staat“ und Anwendung des Grundsatzes „One-in-Two-out“ bei der Gesetzgebung.

- Die Beachtung der Generationengerechtigkeit in der Finanzpolitik. Deswegen werden wir Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes nur für Investitionen nutzen, die diesem Grundsatz gerecht werden und damit keine Haushaltslöcher stopfen.



Die innere Sicherheit ist die Basis staatlicher Handlungsfähigkeit. Polizei, Feuerwehr und Justiz halten unser Land am Laufen – gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein. Doch immer öfter erleben die Menschen leider, dass der Staat nicht mehr da ist, wenn man ihn braucht. Polizeiwachen werden ausgedünnt, Einsatzkräfte sind am Limit, und vor Gericht zieht sich alles endlos hin. Gleichzeitig werden die Herausforderungen größer – von Internetkriminalität über Extremismus bis hin zu immer häufigeren Katastrophenlagen. So darf es nicht weitergehen.

Sicherheit muss wieder vom Menschen aus gedacht werden. Mehr sichtbare Polizei vor Ort, starke Feuerwehren, eine gut ausgestattete Justiz und eine bessere Zusammenarbeit aller Behörden. Unser Ziel ist es, Vertrauen zurückzugewinnen und dafür sorgen, dass sich die Menschen überall sicher sind und sich frei entfalten können.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Die Beibehaltung und Ausbau der bürgernahen Polizeidienststellen insbesondere im ländlichen Raum. Dabei muss auch eine angemessene Besetzung in den Abendstunden und am Wochenende sichergestellt sein.
- Die bedarfsgerechte Ausstattung der Feuerwehren und des Zivil- und Katastrophenschutzes auf dem Stand der Technik, sowie die Stärkung der digitalen Abwehrfähigkeit.
- Die Bekämpfung der zunehmenden Verwahrlosung des öffentlichen Raumes. Eine vernachlässigte Umgebung vermittelt den Bürgern das Gefühl, nicht gesehen und wertgeschätzt zu werden, weshalb Pflege und Gestaltung von öffentlichen Räumen gesellschaftliche Bedeutung hat.
- Den Verzicht auf eine flächendeckende Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Sie ersetzt keine Streifenpolizisten als Präsenz vor Ort.
- Den Schutz des Privatlebens der Polizisten durch eine ausschließlich anonymisierte Kennzeichnung der Einsatzkräfte bei Großeinsatzlagen.
- Die Verbesserung und Intensivierung von kreis- und länderübergreifender Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen. Insbesondere bei der Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten zur Bekämpfung der Online-Kriminalität.
- Keine Toleranz für politischen und religiösen Extremismus. Stärkung der Polizeikommissariate im Bereich politisch motivierter Straftaten und Reform beim Verfassungsschutz.
- Die Schaffung zusätzlicher Richter- und Staatsanwaltsstellen in Schleswig-Holstein, um effektive Verfahren in angemessener Zeit sicherzustellen.
- Ein härteres Vorgehen gegen kriminelle Clanstrukturen und andere Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität.

- Eine Stärkung der Erste-Hilfe-Kenntnisse der Bevölkerung durch ein Landesprogramm für Auffrischkungskurse, z.B. im Rahmen von Bildungsurlaub.
- Eine klare Ablehnung der Beweislastumkehr durch das schleswig-holsteinische GGVSD.



Die Straßen sind marode, Busse fahren selten, die Bahn hat Verspätung und die digitale Infrastruktur hinkt hinterher. Statt die Probleme zu lösen, werden Fahrverbote oder andere ideologische Politik gegen Autofahrer diskutiert. Die Realität ist jedoch, dass es vielerorts in Schleswig-Holstein schlicht keine Alternative zum eigenen Auto gibt. Statt die Probleme der Autofahrer zu lösen, werden sie zum Problem erklärt. Damit machen wir Schluss.

Alle Verkehrsmittel sollen gleichberechtigt nebeneinander existieren. Straßen, Brücken und Tunnel müssen schneller saniert, Bahnstrecken reaktiviert und elektrifiziert sowie Fahrradwege gebaut werden. Flächendeckend muss es Glasfaser und 5G geben, damit wir nicht den Anschluss verlieren. Mobilität darf keine Abenteuer sein, sie muss funktionieren, überall in Stadt und Land.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Den Verzicht auf Fahrverbote in den Innenstädten der Oberzentren durch ein verstärktes Engagement bei Luftreinhalteplänen und die Förderung von innovativen technologischen Ansätzen, z.B. Mooskulturrwänden und vertikalen Gärten zur Filterung von Schadstoffen.
- Ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Bussen, Bahnen, Autos, Motorrädern, Fahrrädern und Fußgängern, um auch in Zukunft die Verkehrsmittel für eine immer mobiler werdende Gesellschaft bereitzustellen.
- Die Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur in Stadt und Land, um den Druck auf die Zentren zu reduzieren und die Peripherie attraktiv zu halten.
- Die Erhöhung des Investitionsvolumens zum Abbau des Sanierungsstaus bei Straßen, Brücken und Tunneln in Schleswig-Holstein sowie zur Schaffung von digitalen Leitsystemen (z.B. im Rahmen von Smart-City) und der Reaktivierung und Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken.
- Den Ausbau der Taktfrequenz und des Liniennetzes des ÖPNV im ländlichen Raum sowie ein flächendeckendes und einheitliches W-LAN-Angebot in allen öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Die Schaffung einer einheitlichen norddeutschen ÖPNV-Tarifstruktur für Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Dabei braucht es eine stärkere Sanktionierung von Nahverkehrsunternehmen, die Pünktlichkeits und Qualitätsversprechen aus öffentlichen Ausschreibungen nicht einhalten.
- Die Schaffung von mehr Radwegen, insbesondere zur Vernetzung der Ober- und Mittelzentren mit ihrem Umland und die Errichtung von Fahrradabstellanlagen an den Übergangspunkten zum Personennahverkehr.
- Ein Landstromangebot in allen schleswig-holsteinischen Häfen zur Reduktion der Emissionen des Schiffsverkehrs während der Liegezeiten.

- Die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Schleswig-Holstein durch eine kostendeckende Kompensation der Einnahmeausfälle beim Verzicht auf deren Erhebung auf kommunaler Ebene durch das Land.
- Die flächendeckende Versorgung in Stadt und Land mit einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur durch Glasfaser-/ Breitbandausbau und 5G-Abdeckung.



Die unregelmäßige Migration des letzten Jahrzehnts überfordert Kreise, Städte, Gemeinden und letztlich die gesamte Gesellschaft in Schleswig-Holstein. Migration braucht klare und konsequent angewandte Regeln – doch genau daran fehlt es bis heute. Es fehlt die Akzeptanz in der Bevölkerung, wenn der Staat offensichtlich die Kontrolle verloren hat. Irreguläre Migration muss beendet werden. Asylverfahren müssen deutlich schneller abgeschlossen und abgelehnte Asylbewerber konsequent zurückgeführt werden. Gleichzeitig stärken wir freiwillige Ausreisen, um Verwaltungen und Gerichte pragmatisch zu entlasten. Wer bereits in Arbeit oder Ausbildung ist, dem wollen wir ein Bleiberecht einräumen.

Integration bedeutet aber auch, klare Werte zu vertreten. Wir wollen den Einfluss ausländischer Staaten und extremistischer Strömungen zurückdrängen, etwa durch die wissenschaftliche Ausbildung von muslimischen Geistlichen in Deutschland. Gleichzeitig stehen wir fest an der Seite jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein und treten entschieden gegen Antisemitismus und israelfeindliche Bestrebungen ein.

Mit einer regelbasierten, konsequenten und werteorientierten Migrationspolitik gewinnen wir das Vertrauen der Menschen zurück und sichern den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Eine Unterstützung aller Bemühungen auf Bundes- und Europaebene zur Beendigung der irregulären Migration nach Europa, Deutschland und Schleswig-Holstein.
- Eine Reduzierung der Verfahrensdauer für die Prüfung der Asylberechtigung auf zwei Monate und eine Beschleunigung des Klageweges durch zusätzliche Personalstellen an den Verwaltungsgerichten.
- Die konsequente und schnelle Rückführung von endgültig abgelehnten Asylbewerbern, damit Kapazitäten nicht zulasten von tatsächlich Schutzbedürftiger belastet werden.
- Die Stärkung des Programms zur freiwilligen Ausreise von endgültig abgelehnten Asylbewerbern, um die Anzahl der notwendigen Rückführungen zu reduzieren.
- Ein Bleiberecht für integrations- und leistungswillige Menschen in Arbeit und Ausbildung.
- Die Förderung und Sicherstellung des jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein und ein entschiedenes Einschreiten gegen alle Erscheinungsformen des Antisemitismus und israelfeindlichen Bestrebungen.
- Die wissenschaftliche Ausbildung von muslimischen Geistlichen an staatlichen Hochschulen zur Reduzierung der Einflussnahme von ausländischen Staaten und radikal-islamischen Gruppierungen.

Eine Wirtschaft, die wieder funktioniert!

FREIE WÄHLER - Die innovative Mitte.



Unsere Wirtschaft ist das Rückgrat unseres Wohlstands – doch sie steht unter Druck wie lange nicht. Die letzten Jahre waren geprägt von Krisen: Lockdownpolitik, Kriege, Energiepreisschocks, Inflation und eine schwache Konjunktur haben gerade kleine und mittlere Unternehmen an den Rand der Existenz gebracht. Bürokratie, Fachkräftemangel und unsichere Rahmenbedingungen verschärfen die Lage. Gleichzeitig werden große Chancen verschenkt: Schleswig-Holstein produziert viel Energie, doch sie bleibt mangels Netzausbau oft ungenutzt und kommt nicht einmal dort an, wo sie gebraucht wird.

Wir wollen unsere Wirtschaft wieder auf Kurs bringen. Der Mittelstand bleibt das Herz unserer Wirtschaft, deshalb fördern wir Ausbildung, Existenzgründungen und sichern die Kreditversorgung vor Ort. Gleichzeitig nutzen wir unsere Energieüberschüsse gezielt, um neue energiehungrige Innovationsbranchen wie Speichertechnologie, Rechenzentren und KI anzusiedeln – Schleswig-Holstein kann so zum Silicon Valley Deutschlands werden. Häfen und Schiffbau stärken wir als zentrale Säulen unserer maritimen Wirtschaft.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Den Erhalt der von kleinen und mittleren Unternehmen geprägten Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein, insbesondere des Handwerks und des inhabergeführten Einzelhandels.
- Die Unterstützung der überbetrieblichen Ausbildung und von Existenzgründungen und innovativen Start-Ups in Stadt und Land.
- Die Sicherstellung der Kreditversorgung der lokalen Wirtschaft durch den Erhalt von Sparkassen und Genossenschaftsbanken.
- Die Nutzung der Energieüberkapazitäten in Schleswig-Holstein für eine moderne Standortpolitik.
- Die Ansiedlung von Unternehmen der Speichertechnologie sowie von Rechenzentren und KI-Unternehmen. Schleswig-Holstein soll das Silicon-Valley Deutschlands werden.
- Die Stärkung der Häfen und des Schiffbaus als wichtige Faktoren der maritimen Wirtschaft. Insbesondere deren Innovationskraft wollen wir weiter unterstützen.
- Die Aufwertung der dualen Berufsausbildung und die bessere Vergleichbarkeit von Berufsabschlüssen mit Hochschulabschlüssen sowie die Beschleunigung der Anerkennung von internationalen Abschlüssen.
- Die gezielte Unterstützung der schleswig-holsteinischen Ernährungswirtschaft, Medizintechnik und chemischen Industrie sowie der Bahntechnik und dem Lokomotivbau.
- Die weitere Stärkung des Industriegebiets Brunsbüttel, eine Nachnutzungslösung für das North-Volt-Gelände und die Umsetzung von Brunsbüttel 2040.
- Die Nutzung der wirtschaftlichen Potentiale die sich aus dem Weiterbau der A20 sowie dem Hansebelt ergeben.
- Die Fokussierung der Tourismusentwicklung auf einen nachhaltigen Qualitätstourismus sowie den Ausbau des Gesundheitstourismus. Außerdem wollen wir im Sinne des Tourismus das Reitwegenetz und Camping- und Wohnmobilstellplätze erhalten und ausbauen.

- Eine stärkere Berücksichtigung der schleswig-holsteinischen Interessen bei der bundesweiten Sommerferienregelung.
- Den Erhalt von Harmonie und Akzeptanz in Tourismusorten durch das Festhalten am Grundsatz, dass die Wohnbevölkerung der betroffenen Orte sich das Leben weiterhin leisten können muss und ggf. Schwerpunktprogramme im Wohnungsbau aufgelegt werden müssen.



Unsere Land- und Forstwirtschaft ist entscheidend für das Leben im ländlichen Raum – sie sichert Arbeitsplätze, Versorgung und Traditionen, die über Generationen gewachsen sind. Familienbetriebe kämpfen jedoch mit Bürokratie, unsicheren Förderungen und schwankenden Preisen, Wälder, Wiesen und Felder sind zunehmend reguliert, und Fischer kämpfen um wirtschaftliche Perspektiven. Viele Familien geben am Ende auf.

So darf es nicht weitergehen. Wir setzen auf eine starke, flächendeckende Landwirtschaft mit bäuerlicher Struktur und stabilen Familienbetrieben – ökologisch wie konventionell gleichermaßen unterstützt. Bürokratie wird abgebaut, Daten nur einmal gemeldet, regionale Produkte besser vermarktet und Flächen doppelt nutzbar. Jagd- und Fischereirechte bleiben geschützt, der Wolfbestand wird kontrolliert.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Den Erhalt einer flächendeckenden und bäuerlich strukturierten Landwirtschaft und die Stärkung der Familienbetriebe. Dabei wollen wir ökologischen und konventionellen Landbau gleichwertig unterstützen.
- Die Vereinfachung der Verwaltung in der Land- und Forstwirtschaft, damit Betriebe ihre Daten nur einmal angeben müssen und sie nicht mehrfach bei verschiedenen Ämtern eintragen müssen.
- Eine Steigerung der Wertschöpfung in der Region durch den Absatz regionaler Qualitätsprodukte sowie optimierte Vermarktungsstrukturen, um die Landwirte innerhalb der Wertschöpfungskette zu stärken.
- Die Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe bei der Transformation von Produktions- und Haltungsweisen durch Planungssicherheit und erleichtertem Zugang zu langfristigen Förderkrediten. Außerdem wollen wir die Doppelnutzung von Flächen möglich machen.
- Den verantwortungsvollen und wissenschaftsorientierten Einsatz von Gentechnik und eine Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes durch umweltfreundliche Alternativen.
- Die Weiterentwicklung der Landwirtschaftsförderung weg vom pauschalen bzw. flächenabhängigen Prämienmodell hin zu einer ergebnisorientierte Agrarprämie.
- Die Schaffung weiterer Anreize in der Waldwirtschaft, um die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und vor zerstörerischen Eingriffen zu schützen. Erhalt von mindestens 10 % Naturwaldanteil in Schleswig-Holstein und Steigerung der Waldanteils durch umfangreiche Aufforstungsprogramme im Sinne des Klimaschutzes.
- Den Erhalt des Revierjagdsystems und die Beibehaltung des Jagdrechts als ein mit dem Grundeigentum untrennbar verbundenes Recht.

- Ein strenges Monitoring und nötigenfalls Regulierung des Wolfbestands in Schleswig-Holstein, um Konfliktfälle mit Menschen und Nutztieren zu vermeiden und Hybriden (Hund-Wolfs-Mischlinge) zu verhindern.
- Den Erhalt des Berufsstands der Fischer, Binnenfischer, Teichwarte und der Kutter- und Küstenfischerei in Schleswig-Holstein durch die Sicherung von Nachwuchs für dieses traditionelle Handwerk. Förderung des nachhaltigen Fischfangs und verantwortungsvoller Umgang mit den Meeren und Einbindung der Fischerei in die regionalen Tourismuskonzepte in Schleswig-Holstein.



Energie muss für die Bürger und die Wirtschaft bezahlbar, sicher und unabhängig sein – doch genau daran hapert es. Die Energiewende wird über ihre Köpfe hinweg gemacht, Kosten steigen, Versorgungssicherheit wird unsicher, und vor Ort fehlt die Mitsprache. Gleichzeitig bleiben Chancen für Kommunen und Bürger ungenutzt, selbst Energie zu erzeugen und davon zu profitieren. Internationale Abhängigkeiten verteuern die Energie in Krisensituationen. Die Bürger zahlen die Zeche.

Energie gehört in die Hände der Menschen vor Ort. Wir stärken die Energieversorgung in den Kommunen und fördern Bürgerenergie. Photovoltaik, Biogas, Biomasse und Wasserkraft bauen wir gezielt aus – für echte Versorgungssicherheit. Beim Windkraftausbau setzen wir auf Akzeptanz statt Zwang und halten klare Abstände ein. Schleswig-Holstein machen wir zum Vorreiter bei Wasserstoff und innovativen Energietechnologien. So erreichen wir nicht nur die Rückkehr zu bezahlbarer Energie für die Menschen, sondern auch die europäischen Vorgaben zur CO₂-Reduktion. Sauberes Trinkwasser bleibt mit uns ein öffentliches Gut.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Eine Steigerung des Autarkiegrades des Kommunen in der Energieversorgung sowie die Stärkung der Bürgerenergie-genossenschaften.
- Die intensivere landesweite Förderung von Photovoltaikanlagen auf Dächern, Freiflächen und Agrar-Flächen (auch in Doppelnutzung), der Wasserkraft, Fuhrparkmodernisierung bei Städten und Gemeinden
- Den Ausbau von Biogas und Biomasse zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit. Ebenso muss in Speicherkapazitäten- und Systeme investiert werden.
- Die Berücksichtigung von Bürgerinteressen beim Windkraftausbau (Onshore). Dazu wollen wir die bestehenden Mindestabstände erhalten. Außerdem lehnen wir den Bau von Windkraftanlagen in Naturschutzgebieten ab.
- Den Ausbau der Windkraft (Offshore) im Gleichschritt mit dem dafür notwendigen Netzausbau in Schleswig-Holstein.
- Weiterführung von Forschungs- und Wirtschaftsförderung im Bereich der erneuerbaren Energien und die Gewinnung weiterer neuer innovativer Betriebe für den Standort Schleswig-Holstein. Insbesondere wollen wir unser Land zum Top-Standort für Wasserstoffherzeugung machen.
- Den konsequenten Verzicht auf Fracking und CCS-Verpressung in unserem Bundesland auf Grund der besonderen geologischen Verhältnisse und den damit verbundenen Gefahren für das Grundwasser.
- Den Erhalt von sauberem und sicherem Trinkwasser als öffentliches Gut durch einen wirksamen Grundwasserschutz.



Ohne eine starke Bauwirtschaft und das Handwerk vor Ort steht das ganze Land still. Doch genau sie werden in Schleswig-Holstein ausgebremst: endlose Genehmigungsverfahren, überbordende Bürokratie und immer neue Vorschriften und Auflagen sorgen dafür, dass Projekte nicht vorankommen. Betriebe verlieren Planungssicherheit, Baukosten steigen – und am Ende fehlen Wohnungen, Schulen und Infrastruktur. Soziale Spannungen nehmen zu.

Wir wollen die Bauwirtschaft wieder entfesseln. Genehmigungen müssen schneller und einfacher werden, Bürokratie konsequent abgebaut und digitale Verfahren endlich flächendeckend eingeführt werden. Serielles Bauen und klare Musterplanungen geben Unternehmen Sicherheit und Tempo. Gleichzeitig stärken wir den Wohnungsbau, fördern Eigentum durch eine deutlich niedrigere Grunderwerbssteuer bis hin zur Steuerfreiheit beim ersten Eigenheim und schaffen neue Chancen durch Erbpachtmodelle. Eigentum bedeutet Freiheit – es schafft Unabhängigkeit vom Staat, gibt Sicherheit im Alter und verändert den Blick auf das eigene Leben und fördert das Denken in Generationen.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Die Verstetigung der öffentlichen Wohnungsbauförderung in den Mittel- und Oberzentren mit dem Ziel, den Zielwert von 30% Sozialwohnungen nach Bruttogeschossfläche zu erreichen und zu halten.
- Die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen. Die Genehmigungsbürokratie muss eingedämmt und die Digitalisierung z.B. durch bundeseinheitliche Verwaltungssoftware vorangetrieben werden.
- Eine Beschränkung des Verbandsklagerechts auf echte Betroffenheit.
- Die Erleichterung von seriellen Bauprojekten im Wohnungsbau und bei öffentlichen Gebäuden. Dazu müssen auch Musterplanungen durch die Landesregierung z.B. für Schulen, Feuerwehrgerätehäuser, Sporthallen und Verwaltungsgebäude bereitgestellt werden.
- Den ländlichen Raum attraktiv halten. Dazu braucht es leistungsfähige Kitas, Grundschulen, Einkaufsmöglichkeiten sowie medizinische und kulturelle Einrichtungen.
- Die Erhöhung der Eigentumsquote zur Entlastung des Mietmarktes, die Steigerung der individuellen Freiheit und zur generationenübergreifenden Stabilisierung der Gesellschaft.
- Die Senkung der Grunderwerbssteuer für Wohnimmobilien, dabei wollen wir für das erste selbstgenutzte Wohneigentum sogar die vollständige Steuerfreiheit erreichen.
- Eine Neubelebung der Erbpachtgrundstücke, um auch Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen den Weg ins Wohneigentum zu ebnen.

Eine Gesellschaft, die wieder funktioniert!

FREIE WÄHLER - Die innovative Mitte.

Bildung und Betreuung



Bildung ist die Grundlage für unsere Zukunft – doch genau hier läuft vieles nicht rund. Unterricht fällt aus, Lehrkräfte fehlen, Klassen sind zu groß, und Elternhaus sowie Herkunft bestimmen immer noch zu stark den Bildungserfolg. Gleichzeitig hinkt das System den Anforderungen der modernen Welt hinterher: Zu wenig Praxisbezug, zu wenig Vorbereitung auf das echte Leben.

Wir wollen wieder Verlässlichkeit in unseren Schulen – mit ausreichend Lehrkräften, kleineren Klassen und echter Lehrmittelfreiheit. Kitas müssen schrittweise beitragsfrei werden, Ganztagsangebote qualitativ wachsen und Alltagskompetenzen stärker vermittelt werden. Gleichzeitig stärken wir unsere Hochschulen durch bessere Finanzierung, sichere Arbeitsplätze und unabhängige Forschung. Schleswig-Holstein verdient ein Bildungssystem, das funktioniert, das Chancen schafft und unsere Kinder und jungen Menschen bestmöglich auf ihr Leben vorbereitet – von der Kita bis zur Hochschule.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Die schrittweise Herstellung einer Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein. Kindertagesstätten verstehen wir als Bildungsangebot und nicht nur als Betreuung. Die Tagesmütter sollen als flexibler Baustein in der Kinderbetreuung erhalten werden.
- Eine Unterrichtsversorgung von 100% durch einen Lehrpersonalschlüssel von 105%, eine schulartunabhängige Bezahlung von Lehrkräften und eine niedrigere Schülerzahl pro Lehrer.
- Die Stärkung des Lernens außerhalb formaler Klassenstrukturen nach skandinavischem Vorbild in allen Regelschulen.
- Eine Stärkung der Gemeinschaftsschulen im Land, da diese viele gesellschaftliche Probleme im Schulalltag zu bewältigen haben. Gymnasien und Gemeinschaftsschulen sollten sich in der Lernweise, aber nicht in der Qualität unterscheiden.
- Eine stärkere Verbindlichkeit der Schulartenempfehlung, indem Abweichungen nur noch durch eine erfolgreiche Aufnahmeprüfung am Gymnasium möglich werden.
- Die Schaffung von mehr Selbstbestimmung der Schulen bei der Entwicklung von Lerninhalten oder der Umsetzung von Bildungsstandards im Sinne der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ um die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern und einen produktiven Wettbewerb zwischen den Schulen zu fördern. Daneben braucht es die Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften von administrativen, technischen und sozialpsychologischen Aufgaben und Berichtspflichten durch Fachpersonal.
- Die Gewährleistung einer vollständigen Lehrmittelfreiheit an allen Regelschulen in Schleswig-Holstein.
- Eine Qualitätssteigerung der Ganztagsbetreuung an den Schulen. Dabei ist der Personalschlüssel insbesondere für Schulsozialarbeit schrittweise zu erhöhen, bezahlbares und qualitatives Schulessen anzubieten und die Kooperation mit örtlichen Vereinen auszubauen.

- Die Einführung des Schulfachs „Alltagskompetenz und Lebensökonomie“ aufbauend auf den Erfahrungen im Freistaat Bayern sowie Schaffung von Religionsunterricht in interreligiöser Trägerschaft nach Vorbild der Freien und Hansestadt Hamburg.
- Die Schaffung einer grundsätzlichen Benotungsfreiheit für die Fächer Sport, Musik und Kunst, um diese stärker als Ausgleich zum Lernunterricht zu gestalten. Auf Antrag soll eine Benotung möglich sein, wenn dies von den Erziehungsberechtigten gewünscht ist.
- Die Unterstützung von Vereinbarungen zwischen Bund, Land und Kommunen zu messbaren Bildungszielen, einer datengestützten Schulentwicklung sowie der Schaffung eines Bildungsverlaufsregister.



Gesundheit und Pflege dürfen keine Frage des Wohnorts sein – doch genau das erleben viele Menschen in Schleswig-Holstein. Arztpraxen schließen, gerade im ländlichen Raum fehlen Fachkräfte, und Termine bekommt man oft erst nach Monaten. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen stehen unter massivem Druck, während Angehörige immer mehr Verantwortung schultern müssen. Gleichzeitig ist unser Gesundheitssystem auf große Krisen oft nicht ausreichend vorbereitet.

So darf es nicht weitergehen. Wir wollen eine flächendeckende, verlässliche Gesundheitsversorgung für alle Menschen – in Stadt und Land. Mehr Anreize für Ärzte im ländlichen Raum, bessere Ausbildungsbedingungen für Gesundheitsberufe und eine starke Unterstützung für Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser sind dafür entscheidend. Geburtshilfe muss überall erhalten bleiben, psychologische Hilfe schneller erreichbar werden. Gleichzeitig stärken wir den Rettungsdienst und machen unser Gesundheitssystem krisenfest.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Die Bekämpfung des Mangels an ärztlichem Fachpersonal im ländlichen Raum durch Stipendien, Prämien und eine stärkere Berücksichtigung von abgeschlossenen Berufsausbildungen z.B. als Gesundheits- und Krankenpfleger*innen oder Rettungssanitäter*innen beim Studiengang.
- Die stärkere Berücksichtigung von Katastrophenschutzszenarien in der Bedarfsplanung im Gesundheitssystem bei Anpassung dieser Szenarien auf die aktuellen Bedrohungslagen in einer globalisierten Welt. Dazu braucht es den Erhalt eines leistungsfähigen Rettungsdienstes mit landesweit einheitlichen Konzepten zum Großschadensfall.
- Die Schaffung einer dauerhaft schulgeldfreien Ausbildung für alle Heilmittelbringer, z.B. Physiotherapeuten, Logopäden und Ergotherapeuten.
- Den Erhalt aller Geburtshilfeeinrichtungen im Land und Stärkung der akademischen Ausbildung für Hebammen und Unterstützung der freien Hebammen bei der Haftpflichtversicherung durch Zuschüsse des Landes.
- Die Stärkung der psychologischen und psychiatrischen Versorgung im Land und Abbau der monatelangen Wartezeiten in diesem Bereich, insbesondere für Jugendliche.
- Die Unterstützung der Städte und Gemeinden beim Erhalt von Krankenhausbetrieben und dem Erhalt und Ausbau von Altenpflegeeinrichtungen – auch mit Angeboten in der Kurzzeit- und Verhinderungspflege.
- Die Stärkung der Bildung in Gesundheit und Erste Hilfe als Beitrag zur Gesundheitsprävention.
- Den Ausbau von First-Responder-Strukturen zu Entlastung des Rettungsdienstes sowie Schaffung von Gemeindenothelfern (ehemals Gemeindeschwestern).
- Den Erhalt der flächendeckenden Apothekenversorgung in Stadt und Land.

Gemeinschaft und Begegnung



Unser Land lebt vom Miteinander. Viele Menschen fühlen sich jedoch nicht mehr gehört und gesehen mit ihren Meinungen in unserer Gesellschaft. Gerade im digitalen Raum gibt es schnell heftige Reaktionen bei abweichenden Meinungsäußerungen, ein Gespräch über unterschiedliche Standpunkte kommt selten zustande. Orte der Begegnung in der realen Welt verschwinden, während gesellschaftliche Spannungen und Abgrenzung voneinander zunehmen.

In dieser Situation ist es wichtig dem Kulturkampf der politischen und religiösen Ränder eine Absage zu erteilen. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Pluralismus und Gleichberechtigung sind nicht verhandelbar – sie verbinden uns als unterschiedliche Menschen in einer gemeinsamen Gesellschaft. Wir schaffen stattdessen neue Begegnungsräumen als Mittelpunkt für Gemeinden und Stadtteile, stärken das Ehrenamt und setzen uns für echte Mitbestimmung für die Bürger zum Beispiel im Rahmen von Volksentscheiden ein.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Die Schaffung von Begegnungsräumen als soziale Treffpunkte, Gemeinschaftsräume und Mittelpunkt für Gemeinden und Stadtteile. Durch eine Kombination mit unserem Konzept der Bürgerzentren der öffentlichen Verwaltung wollen wir die gesamte Fläche des Landes abdecken und so Raum und Möglichkeiten für gesellschaftliche Initiativen und das Ehrenamt schaffen.
- Die Stärkung der Demokratie durch den Ausbau der Demokratiebildung ab dem Kindergarten und in allen Schulformen, sowie durch die Schaffung einer Verpflichtung in der Landesverfassung zeitgleich mit Landtags- und Kommunalwahlen ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Thema im Rahmen eines Volksentscheids zur Abstimmung zu stellen.
- Die Nutzung von Bürgerräten, um gesellschaftlich kontroverse Entscheidungen in der Politik vorzubereiten und gesellschaftliche Konflikte so zu reduzieren.
- Die Gewährleistung einer vollständigen Teilhabe für Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen und die Unterstützung der kommunalen Ebene bei dieser Aufgabe.
- Die Fortführung und Weiterentwicklung des Landesaktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten.
- Den Schutz und Förderung der nationalen dänischen Minderheit, der Minderheit der deutschen Sinti und Roma und der friesischen Volksgruppe gemäß dem Auftrag der Landesverfassung.
- Den Erhalt des regionalspezifischen Informations- und Bildungsangebots durch den Norddeutschen Rundfunk (NDR) bei gleichzeitiger Demokratisierung der Strukturen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Rundfunkwahlen durch die Beitragszahler zur Beseitigung des wachsenden Vertrauensdefizits.
- Die Bekämpfung häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie von Mobbing und Stalking. Wir wollen die Kommunen hierzu mit den notwendigen Finanzmitteln für einen besseren Opferschutz und mehr Täterprävention ausstatten.

- Den Erhalt der ehrenamtlich geführten Tierheime in Schleswig-Holstein durch eine existenzsichernde Landesförderung. Sowie Etablierung einer Landesförderung für Projekte, die in finanzielle Not geratene Tierbesitzer dabei unterstützen, ihre Haustiere nicht abgeben zu müssen.

Forschung und Lehre



Forschung und Lehre sind die Motoren für Fortschritt und Wohlstand. Doch in Schleswig-Holstein fehlt es an Investitionen, an Planungssicherheit sowie an der Verbindung von Wissenschaft und Praxis. Unsichere Arbeitsbedingungen an Hochschulen, persönliche Abhängigkeiten, fehlende Ressourcen und bürokratische Hürden bremsen die Entwicklung aus. Gleichzeitig wird der Transfer von Forschungsergebnissen in die Gesellschaft zu wenig gefördert.

Wir wollen Schleswig-Holstein als Standort für Spitzenforschung und exzellente Lehre stärken. Dazu braucht es verlässliche Finanzierung, attraktive Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler des Mittelbaus und eine enge Verzahnung von Hochschulen, Wirtschaft und Gesellschaft. Nur so können wir Innovationen vorantreiben, Fachkräfte sichern und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes langfristig sichern. Forschung und Lehre müssen frei, unabhängig und praxisnah sein - damit Schleswig-Holstein nicht nur mithält, sondern vorangeht.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Die finanzielle Vollaussstattung der Hochschulstandorte, um die Unabhängigkeit und Qualität von Forschung, Lehre und Bildung zu sichern.
- Die Reduktion der befristeten Stellen in Forschung und Lehre auf ein Minimum zu Gunsten von Dauerstellen mit klarer Zuordnung zu Instituten.
- Die klare Trennung von Dienstvorgesetzten und der fachlichen Betreuung sowie Begutachtung bei Promotionsstellen, um mehr Unabhängigkeit sicherzustellen.
- Die Berücksichtigung von ehrenamtlichem Engagement bei Zugang und Förderung von Ausbildungs- und Studienplätzen in Schleswig-Holstein und Anpassung der Regelstudienzeiten für ehrenamtlich aktive Menschen.
- Die Schaffung eines tierversuchsfreien Schleswig-Holsteins durch Zulassung von Zellkulturen als vollwertiger Ersatz für Tierversuche, der sogar personenspezifische Testverfahren ermöglicht.
- Die Etablierung eines Verweigerungsrechts für Studierende, die eine Durchführung von Tierversuchen im Rahmen ihres Studiums ablehnen.
- Die Stärkung der Rolle von Wissenschaftskommunikation als gleichwertigen Karriereweg neben der Forschung.



FREIE WÄHLER
Schleswig-Holstein

V.i.S.d.P.: Gregor Voht
Schwertfegerstraße 26
23556 Lübeck

Telefon:
0451 / 61117301

E-Mail:
geschaeftsstelle@sh.freiewaehler.eu

<https://fwsh.eu/>

Beschlossen durch den
Landesparteitag in Jagel
am 29.08.2026